

Voranschlag 2005

Antrag vom 29. November 2004

Antrag der SP-Fraktion (Sprecherin: Bachmann-St.Gallen)

Laufende Rechnung

Konto 3200.301 (Amt für Soziales / Besoldungen):

Erhöhung um Fr. 49'500.–

Begründung:

Auf den Stellenabbau von 50 Prozent im Amt für Soziales für das Jahr 2005 ist zu verzichten.

Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2005

Ziff. 11 (neu):

Die Regierung wird eingeladen¹, den weiteren für das Jahr 2006 geplanten Stellenabbau von 50 Prozent im Amt für Soziales rückgängig zu machen bzw. nicht vorzunehmen sowie den Gesamtbetrag von Fr. 122'000.– in den Voranschlag 2006 aufzunehmen.

Begründung:

Stellenabbau ist eine heikle Angelegenheit. Gezielt und wohlüberlegt kann es unter speziellen Verhältnissen sinnvoll sein. Was aber hier von der Regierung vorgeschlagen wird ist weder sinnvoll noch wohlüberlegt noch gezielt. Es handelt sich um einen ideologischen Stellenabbau, bei dem in den teilweise überhaupt nicht gespart wird, sondern sogar Mehrausgaben resultieren.

Auch bei diesem Vorschlag im Amt für Soziales handelt es sich um eine Massnahme mit negativen Auswirkungen. Einsparungen bei den Beratungs- und Vollzugsaufgaben im Bereich «Private Pflegefamilien / Zentralstelle Haager Abkommen» gehen klar zu Lasten von hilfsbedürftigen Kindern. Im Zentrum des Haager Abkommens steht nämlich der Schutz des Kindeswohls. Der Kanton St.Gallen hat sich hier zusammen mit ein, zwei andern Kantonen gesamtschweizerisch eine sehr gute Position

¹ Auftrag gemäss Art. 95 KRR, sGS 131.11.

geschaffen. Zusammen wurden Grundlagen erarbeitet und es konnte Einfluss auf Bundesentscheide und deren Umsetzung genommen werden. Mit dieser Stellenkürzung muss der Kanton St.Gallen diese interkantonale Zusammenarbeit aufgeben und somit kann er auch keinen Einfluss mehr nehmen auf die Entwicklung im Bereich des privaten Pflegefamilienwesens.

Ebenso zu Lasten der Kinder geht die Reduktion im Bereich «Bearbeitung von Anträgen zur Aufnahme von Kindern im Hinblick auf eine spätere Adoption». Der Aufwand für die Bearbeitung dieser Anträge muss durch diesen Stellenabbau zwangsläufig reduziert werden was klar zu Lasten der Gründlichkeit und der Sorgfalt passiert. Das heisst: das Risiko von Fehlentscheiden steigt. Was dies für die betroffenen Personen, Kinder wie Pflegeeltern bedeutet muss ich an dieser Stelle ja nicht noch speziell erwähnen. Das kann wirklich katastrophale Auswirkungen haben. Lehnen Sie diesen verantwortungslosen Abbau in einem so heiklen Bereich ab und unterstützen sie unsern Antrag.